

NATURWERK Windenergie GmbH · Doncaster Platz 5-7 · 45699 Herten

Hochsauerlandkreis – Kreishaus Brilon
Fachdienst 42 Immissionsschutz
Am Rothaarsteig 1
59929 Brilon

**Windpark Esloher Höhe II
Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen vom Typ Nordex N175-6.8 MW
Übergabe Antragsunterlagen Genehmigungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Steffens,

wie mit Ihrer Kollegin Frau Kraft am 16.05.2024 telefonisch besprochen, übergeben wir Ihnen die Antragsunterlagen zum Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG zur Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen im Windpark Esloher Höhe II.

Sie erhalten die Unterlagen in fünffacher Ausfertigung.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

NATURWERK Windenergie GmbH



i.V. Markus Herbst
Gruppenleiter Genehmigungsplanung

Anlagen:

- Anwaltliche Stellungnahme
- Empfangsbestätigung

Herten, den 16.05.2024

NATURWERK Windenergie GmbH
Doncaster Platz 5-7
45699 Herten

T: +49.2366.95087-0
F: +49.2366.95087-99

info@naturwerk-wind.de
www.naturwerk-wind.de

Amtsgericht Recklinghausen
HRB 6539

Geschäftsführer:
Christian Morawietz
Taner Sahin
Paul Hoffmann

Sparkasse Vest
BLZ: 426 501 50
KTO: 101 072 66

IBAN: DE05 4265 0150 0010 1072 66
BIC: WELA DED1 REK

USt-IdNr.: DE279420576

Wir sind Mitglied im:



DOMBERT RECHTSANWÄLTE Part mbB
Design Office Fürst und Friedrich | Fürstenwall 172 | 40217 Düsseldorf

NATURWERK Windenergie GmbH
Herrn Christian Morawietz
Herrn Robin Wachtel
Doncaster Platz 5-7
45699 Herten

nur per E-Mail: christian.morawietz@NATURWERK-wind.de
robin.wachtel@NATURWERK-wind.de

Düsseldorf, den 14.05.2024
10007964478v2

Bearbeiter:
Tobias Roß
Sekretariat:
Melanie Prüller

AZ **222/24** TR/mp

Telefon: 0331/620 42-72
Telefax: 0331/620 42-71
E-Mail:
melanie.prueller@dombert.de

NATURWERK - WP Esloher Höhe
hier: Rechtliche Stellungnahme zu Priorität im Genehmigungsverfahren

Sehr geehrter Herr Morawietz,
sehr geehrter Herr Wachtel,

in vorgenannter Sache nehme ich Bezug auf den zwischen uns ausgetauschten Schriftverkehr.

Sie haben um Prüfung der Frage gebeten, ob die von Ihnen zur Einreichung geplanten immissionsschutzrechtlichen Vollerträge zur Errichtung von insgesamt elf Windenergieanlagen, aufgeteilt auf drei Genehmigungsverfahren, die zeitlich vorgelagert eingereichten Vorbescheidsanträge der Felix Nova GmbH / EFI Wind GmbH / VERBUND Green Power Deutschland GmbH (im Folgenden einheitlich: externe Vorbescheidsantragsteller) hinsichtlich der einzureichenden Gutach-

DÜSSELDORF

Partner i.S.d. PartGG

Tobias Roß

Angestellte Rechtsanwälte

Kristina Dörnenburg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Moritz Zimmermann, LL.M.

POTSDAM

Partner i.S.d. PartGG

Prof. Dr. Matthias Dombert
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Janko Geßner
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Prof. Dr. Klaus Herrmann
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Dr. Jan Thiele
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Dr. Dominik Lück
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Dr. Beate Schulte zu Sodingen
Dr. Maximilian Dombert
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Angestellte Rechtsanwälte

Madeleine Riemer
Fachanwältin für Vergaberecht
Dr. Janett Wölkerling, M.mel. | counsel
Franziska Wilke
Josefine Wilke
Izabela Bochno
Philipp Buslowicz, LL.M.
Fachanwalt für Vergaberecht
Tobias Schröter
Mareike Thiele
Kristina Gottschalk, LL.M.oec.
Sophia von Hodenberg
Dr. Stephan Berndt
Charlotte Blech, LL. M. (UCLA)
Natalie Carstens
Zeynep Kenar
Michael Liesegang
Patricia Kohls
Judith Affeldt
Anuschka Siegers

in Zusammenarbeit mit

Dr. Margarete Mühl-Jäckel
LL.M. (Harvard) | of counsel
Ulf Domgörgen
of counsel
Prof. Dr. Klaus Günther-Dieng
of counsel

Partnerschaftsgesellschaft mit
beschränkter Berufshaftung
AG Potsdam PR 119

ten (insbesondere Schallprognose, Turbulenzgutachten usw.) berücksichtigen müssen.

Die Ergebnisse unserer Prüfung lauten:

- Die von Ihnen im Rahmen eines Vollantrages eingereichten Antragsunterlagen – hier insbesondere Schall-, Schatten- und Turbulenzgutachten – müssen die zeitlich zuvor eingereichten Vorbescheidsanträge der externen Vorbescheidsantragsteller inhaltlich nicht berücksichtigen. Eine rechtliche Pflicht zur Berücksichtigung besteht in der hier gegebenen Konstellation nicht.
- Die Frage, wer wen berücksichtigen muss, ist eine solche der Priorität.
- Die Priorität richtet sich nach ständiger Rechtsprechung nicht nach dem Zeitpunkt des Antragseinganges oder der Antragstellung, sondern nach dem Zeitpunkt der Vollständigkeit der Antragsunterlagen.
- Hier ist festzustellen, dass die von den externen Vorbescheidsantragstellern eingereichten Antragsunterlagen bis zum heutigen Tage offensichtlich unvollständig sind und deshalb nicht geeignet, eine entsprechende Priorität zu begründen. Es fehlen relevante Antragsunterlagen, die für eine notwendige vorläufige positive Gesamtbeurteilung notwendig sind, wie insbesondere jegliche Angaben zum Artenschutz und zu Turbulenzfragen.
- Darüber hinaus fehlt im Hinblick auf diverse von externen Vorbescheidsantragstellern beantragte Windenergieanlagen das notwendige Sachbescheidungsinteresse, da sie Flächen in Anspruch nehmen, die sie nicht gesichert haben und für die auch jetzt schon erkennbar feststeht, dass die externen Vorbescheidsantragsteller sie nicht sichern werden.

- **Nach alledem sind die von Ihnen zur Einreichung geplanten drei Genehmigungsanträge mit insgesamt 11 WEA prioritär und die externen Vorbescheidsantragsteller müssen ihre Antragsunterlagen ändern und Ihre Standorte entsprechend berücksichtigen.**

Diese gefundenen Ergebnisse beruhen im Einzelnen auf folgenden **rechtlichen Erwägungen**:

1. Es kommen inzwischen regelmäßig Fälle vor, in denen verschiedene Genehmigungsanträge miteinander **konkurrieren**, da die Genehmigung einer Anlage direkte Folgen für die einer anderen Anlage hat (vgl. dazu: *Dietlein* in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, 102. Ergänzungslieferung, September 2023, BImSchG, § 6, Rn. 58a).
- 1.1 Das **Bundesverwaltungsgericht** hat sich mit verbindlicher Wirkung für Nordrhein-Westfalen mit Urteil vom 25.06.2020 – 4 C 3/19 – zitiert nach juris, Rn. 19 ff. grundlegend mit der Frage beschäftigt, wie konkurrierende Genehmigungsanträge zu behandeln sind. Es hat ausgeführt:

„Das Immissionsschutzrecht regelt nicht, welcher genehmigungspflichtigen Anlage Vorrang vor einer gleichartigen genehmigungspflichtigen Anlage einzuräumen ist, wenn – wie hier – beide Anlagen in einer echten Konkurrenzsituation stehen, sich beide potentiell sowohl in der Rolle des Störers als auch des Gestörten befinden und die Art der Störung übereinstimmen. Es ist regelmäßig sachgerecht und damit rechtlich geboten, diese Frage nach dem Prioritätsprinzip zu beantworten.“

Das Bundesverwaltungsgericht hat in diesem Zusammenhang festgehalten, dass das **Prioritätsprinzip** auch im Verhältnis von immissionsrechtlichem Vorbescheid und Vollgenehmigungsantrag gilt.

- 1.2 Es kommt jedoch – sowohl nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts als auch des Oberverwaltungsgerichts NRW – für die Prioritätsfrage nicht auf den Zeitpunkt der Einreichung des Genehmigungs- oder Vorbescheidsantrages an, sondern auf den Zeitpunkt, an dem ein **prüffähiger, mithin vollständiger, Genehmigungsantrag vorliegt**. So heißt es in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (4 C 3/19 – zitiert nach juris, Rn. 25):

„Das Oberverwaltungsgericht hat für den Vorrang den Zeitpunkt für maßgeblich gehalten, an dem ein prüffähiger Genehmigungsantrag vorliegt. Dies entspricht der herrschenden Auffassung. Diese Auffassung ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden.“

Das Bundesverwaltungsgericht äußert sich auch dazu, wann ein Genehmigungsantrag vollständig ist – dies gilt auch für den Vorbescheid:

„Prüffähige Unterlagen liegen dann vor, wenn die Unterlagen sich zu allen rechtlich relevanten Aspekten des Vorhabens verhalten und die Behörde in die Lage versetzen, den Antrag unter Berücksichtigung dieser Vorgaben näher zu prüfen. Nicht vollständig sind Unterlagen dann, wenn sie rechtlich relevante Fragen vollständig ausblenden.“

- 1.3 Das Bundesverwaltungsgericht betont auch ausdrücklich und deutlich, dass es für den Vorbescheid und dessen Vollständigkeit nicht nur der Unterlagen bedarf, die benötigt werden, um die abgefragten Genehmigungsvoraussetzungen zu belegen – sondern, dass darüber hinausgehend auch jene Unterlagen einzureichen sind, die eine **vorläufige positive Gesamtbeurteilung** ermöglichen:

„Für einen Vorbescheid bedarf es auch der Unterlagen, die eine vorläufige positive Gesamtbeurteilung ermöglichen.“

Das Bundesverwaltungsgericht weist darüber hinaus darauf hin, dass es nicht sachgerecht – und damit unzutreffend – ist, die Vollständigkeit jeweils in Bezug auf einzelne Genehmigungsvoraussetzungen zu prüfen. Wörtlich heißt es in der Entscheidung 4 C 3/19:

„Für das Prioritätsprinzip streitet der Vorsprung des Antragstellers, der alles Erforderliche getan hat, um die Prüfung durch die Behörde zu ermöglichen. Dies trifft sowohl bei der Genehmigung als beim Vorbescheid eine einheitliche Entscheidung oder das jeweilige Prüfprogramm. Eine Unterscheidung nach Einzelfragen wäre kaum praktikabel und im Übrigen geeignet, eine Pattsituation zu erzeugen, wenn bei einer echten Konkurrenz in Einzelfragen mal die eine, mal die andere Anlage einen Vorgang für sich beanspruchen kann.“

- 1.4 Die vorstehenden Grundzüge entsprechen auch der Praxis in Nordrhein-Westfalen.

So heißt es etwa im Windenergiehandbuch von *Agatz* auf Seite 68:

„Die Rechtsprechung hebt [in Fragen der Priorität] nicht primär auf den Antragseingang ab, sondern auf die Vorlage prüffähiger, d. h. vollständiger Antragsunterlagen.

Demnach kann zwar ein zeitlich vorher gestellter Antrag, der jedoch in unzureichender Form vorliegt und lange Zeit nicht vervollständigt wird, gegenüber zeitlich später gestellten, aber vollständigen Anträgen ... zurückgestuft werden.“

Agatz weist zudem darauf hin, dass auch im Falle einer **Änderung des Antrages im laufenden Verfahren** der „Umfang und der Anlass der Änderung sowie ihre Auswirkungen maßgeblich dafür sein können, ob ein Antrag aufgrund dieser Änderung gegenüber zwischenzeitlich gestellten, weiteren Anträgen zurückgestuft wird oder nicht.“

2. Maßgeblich ist nach alledem also nicht, wer als erster einen Antrag eingereicht hat – nur um zeitliche Priorität zu haben – sondern, wer als erster vollständige und prüffähige Antragsunterlagen vorgelegt hat.

Insofern ist hier mit Blick auf die von den externen Dritten gestellten Vorbescheidsanträge zu konstatieren, dass die vorgelegten Anträge bis dato offensichtlich zwar zeitlich mit Vorlauf gestellt wurden, aber offensichtlich bis dato **unvollständig** sind und deshalb auch keine Priorität für sich in Anspruch nehmen können.

Es ist ganz simpel: Es wurden erkennbar unvollständige Anträge gestellt, um sich eine zeitliche Priorität zu sichern – ein solches „**Windhundrennen**“ findet im Gesetz jedoch keine Stütze.

Im Einzelnen:

- 2.1 Es wurde oben schon auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hingewiesen, wonach es für einen vollständigen Vorbescheid auch jener Unterlagen bedarf, **die eine vorläufige positive Gesamtbewertung ermöglichen.**

Diese Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen, wonach es zur Erteilung eines Vorbescheides auch einer vorläufigen positiven Gesamtbeurteilung bedarf (so: OVG Münster, U. v. 01.12.2011 – 8 D 58/08.AK – zitiert nach juris, Rn. 137 ff.; OVG Münster, U. v. 18.09.2018 – 8 A 1886/16 – zitiert nach juris, Rn. 68). Das OVG Nordrhein-Westfalen hat in der genannten Entscheidung in Randnummer 73 wörtlich entschieden:

„Für die Erteilung eines Vorbescheides nach § 9 Abs. 1 BImSchG ist ferner eine vorläufige positive Gesamtbeurteilung erforderlich.“

Das OVG Münster spricht in der Entscheidung 8 A 1886/16 in Rn. 75 zudem von einer

„umfassenden Vorprüfung der Gesamtanlage“

die insbesondere auch dem

„Schutz der von den Auswirkungen potentiell betroffenen Dritten“

dient. Die mit diesem Vorbescheidsantrag vorzulegenden Unterlagen müssen daher nach dieser Rechtsprechung eine Prüfung der vorläufigen positiven Gesamtbeurteilung im Sinne von § 9 Abs. 1 BImSchG ermöglichen.

- 2.2 Das OVG Münster hat sich auch konkret dazu geäußert, **welche Unterlagen** im Rahmen der vorläufigen positiven Gesamtbeurteilung genau vorzulegen sind. Wörtlich hat das OVG Münster in der Entscheidung 8 A 1886/16 in Rn. 80 ff. entschieden:

„Zu den rechtlich relevanten Fragen, ... zu denen deshalb prüffähige Unterlagen vorzulegen waren, gehören aus den oben genannten Gründen die Turbulenzintensität sowie die Vereinbarkeit mit Aspekten des Schallschutzes und des Artenschutzes ... all diese Belange können grundsätzlich der Genehmigungsfähigkeit oder der vorläufigen positiven Gesamtbeurteilung der in Rede stehenden Windenergieanlagen entgegenstehen ... artenschutzrechtliche Unterlagen waren nicht etwa deswegen entbehrlich, weil bei früheren Genehmigungen für die umliegenden Windenergieanlagen wohl bereits artenschutzrechtliche Belange geprüft worden sind und die Auswirkungen der Windenergieanlagen der Kläger und der Beigeladenen insoweit möglicherweise vergleichbar sind...“

Dass im Rahmen eines Vorbescheides insbesondere auch **Artenschutzgutachten** vorzulegen sind, ist in der Rechtsprechung auch anderer Bundesländer anerkannt (so etwa Bayerischer VGH, U. v. 15.07.2016 – 22 BV 15.2169 – zitiert nach juris, Rn. 29; B. v. 16.09.2016 – 22 ZB 16.304 – zitiert nach juris, Rn. 10 sowie B. v. 31.07.2017 – 22 ZB 17.1033 – zitiert nach juris, Rn. 14).

- 2.3 Gemessen an diesen rechtlichen Voraussetzungen liegt es auf der Hand, dass die gestellten Vorbescheidsanträge der externen Vorbescheidsantragsteller, soweit sie überhaupt aufgrund der Anlagenstandorte als Vorbelastung für die von NATURWERK gestellten Vollanträge in Betracht kommen, **keine Priorität für sich in Anspruch nehmen können**, da sie gemessen an den oben dargestellten rechtlichen Vorgaben bisher nicht vollständig sind:
- a) Es wurde oben schon darauf hingewiesen, dass zur Vollständigkeit auch ein Artenschutzgutachten gehört. Nach entsprechender Auskunft des Hochsauerlandkreises sind jedoch von den externen Vorbescheidsantragstellern mit ihren Vorbescheidsanträgen keinerlei Unterlagen zum Artenschutz und erst recht kein zu forderndes Artenschutzgutachten vorgelegt worden. Damit fehlt eine zentrale Unterlage zur Beurteilung der vorläufigen positiven Gesamtbewertung der Antrag ist schon deshalb unverständlich.
 - b) Dasselbe gilt im Hinblick auf das fehlende **Turbulenzgutachten**. Auch das Turbulenzgutachten ist ein zentraler Bestandteil der Vorbescheidsunterlagen gemäß der oben zitierten Rechtsprechung des OVG Münster – da auch dieses bisher von den externen Vorbescheidsantragstellern nicht vorgelegt wurde, sind die gestellten Vorbescheidsanträge auch insofern unvollständig und können nicht prioritär sein.

- 2.4 **Rechtsfolge** ist, dass die von Ihnen gestellten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträge die Vorbescheidsanträge der externen Vorbescheidsantragsteller nunmehr **überholen** und sich mithin die Situation genau umgekehrt darstellt:

Die externen Vorbescheidsantragsteller müssen im Rahmen ihrer Vorbescheidsanträge nun auf die von Ihnen eingereichten Antragsunterlagen **reagieren** und Ihre Vollanträge entsprechend berücksichtigen.

3. Schließlich ist – unabhängig von Vorstehenden – auch noch davon auszugehen, dass auf Grundlage der von Ihnen übermittelten Informationen die unten benannten von den externen Vorbescheidsantragstellern gestellten Vorbescheidsanträge I, II und III das **Sachbescheidungsinteresse** fehlt und sie deshalb **unzulässig** und abzulehnen sind.

Ein als unzulässig abgelehnter Antrag verliert logischerweise auch seine Priorität.

- 3.1 Das **OVG Münster** hat sich zum Thema Sachbescheidungsinteresse der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts angeschlossen und klar formuliert:

„[Es] gilt, dass der Träger des Vorhabens u. a. dann kein schutzwürdiges Sachbescheidungsinteresse an der beanspruchten Zulassung eines Vorhabens haben kann, wenn das Vorhaben die Inanspruchnahme fremden Grundeigentums erfordert und die zivilrechtlichen Verhältnisse eine solche Inanspruchnahme hindern. Entscheidend für das Fehlen des Sachbescheidungsinteresses in einem solchen Fall ist, ob sich das zivilrechtliche Hindernis schlechterdings nicht ausräumen lässt.“

Vgl. BVerwG, Beschluss vom 12. August 1993 – 7 B 123.93 –, ZfW 1994, 333; Urteil vom 24. Oktober 1980 – 4 C 3.78 –, NJW 1981, 2426.

3.2 Genau diese Situation liegt hier für mehrere Anlagenstandorte vor:

- a) Betreffend den Genehmigungsantrag WP Meschede-Sundern Teil I (Az.: 40126-2024) ist festzuhalten, dass die externen Vorbescheidsantragsteller für die folgenden beantragten Standorte für die Rotorüberstrichfläche Flächen in Anspruch nehmen, die sie nicht gesichert haben:

WP Meschede-Sundern Teil I (Az.: 40126-2024)

| WEA | Gemarkung | Flur | Flurstück | Rechtswert (x) | Hochwert (y) |
|------|-------------|------|-----------|----------------|--------------|
| K 07 | Grevenstein | 17 | 52 | 438219 | 5681054 |
| K 08 | Grevenstein | 17 | 45 | 438085 | 5680669 |
| M 06 | Grevenstein | 5 | 65 | 439277 | 5682115 |

Angaben: Anlage; Gemarkung; Flur; Flurstück; Rechtswert; Hochwert

Hinsichtlich der blau markierten Anlage K 08 stellt sich die Situation sogar so dar, dass der Rotorkreis auf eine von Ihnen – NATURWERK – gesicherte Fläche ragt und in einem **unmittelbaren Konflikt** dergestalt steht, dass rein faktisch nur eine der beiden Anlagen errichtet werden kann. Das Grundstück, auf das der Rotorkreis des externen Vorbescheidsantragstellers ragt, hat NATURWERK gesichert.

- b) Betreffend den Genehmigungsantrag WP Meschede-Sundern Teil II (Az.: 40135-2024) ist festzuhalten, dass die externen Vorbescheidsantragsteller mit folgenden beantragten Standorten für die Rotorüberstrichfläche Flächen in Anspruch nehmen, die sie nicht gesichert haben:

WP Meschede-Sundern Teil II (Az.: 40135-2024)

| WEA | Gemarkung | Flur | Flurstück | Rechtswert (x) | Hochwert (y) |
|------|-------------|------|-----------|----------------|--------------|
| M 08 | Grevenstein | 5 | 189 | 439597 | 5681847 |
| M 09 | Grevenstein | 5 | 145 | 439950 | 5681637 |
| M 10 | Grevenstein | 5 | 56/1 | 439557 | 5681439 |
| M 11 | Grevenstein | 6 | 28/1 | 439815 | 5681044 |

Angaben: Anlage; Gemarkung; Flur; Flurstück; Rechtswert; Hochwert

- c) Betreffend den Genehmigungsantrag WP Meschede-Sundern Teil III (Az.: 40134-2024) ist festzuhalten, dass die externen Vorbescheidsantragsteller mit folgenden beantragten Standorten für die Rotorüberstrichfläche Flächen in Anspruch nehmen, die sie nicht gesichert haben:

WP Meschede-Sundern Teil III (Az.: 40134-2024)

| WEA | Gemarkung | Flur | Flurstück | Rechtswert (x) | Hochwert (y) |
|------|---------------|------|-----------|----------------|--------------|
| S 03 | Meinkenbracht | 8 | 146 | 435801 | 5682914 |
| S 04 | Meinkenbracht | 2 | 194 | 437493 | 5680520 |

Angaben: Anlage; Gemarkung; Flur; Flurstück; Rechtswert; Hochwert

- 3.2 Dementsprechend ist anerkannt, dass zum Beispiel selbst dem Eigentümer ein Sachbescheidungsinteresse fehlen kann, wenn sein Grundstück etwa aufgrund langfristiger Pachtverträge oder sonstiger Nutzungsrechte Dritter gebunden ist (OVG Münster Urt. v. 11.3.1993 – 10 A 104/88; BeckOK BauordnungsR NRW/Hüwelmeier, 17. Ed. 1.9.2023, BauO NRW 2018 § 74 Rn. 21).

Dasselbe gilt dann erst recht, wenn ein Antragsteller einen Antrag auf Flächen stellt, die von Dritten durch entsprechende langfristige Verträge gesichert sind.

- 3.3 Rechtsfolge eines fehlenden Sachbescheidungsinteresses ist, dass der Antrag **unzulässig** und **abzulehnen** ist.

Die Behörde tritt nämlich dann nicht in eine Sachprüfung ein, wenn der Antragsteller mit der Genehmigung offensichtlich nichts anfangen kann, weil er die Genehmigung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen dauerhaft nicht ausnutzen kann (BVerwG BRS 27 Nr. 130 = NJW 1973, 1518; OVG Münster BeckRS 2019, 28091; BeckRS 2018, 17112; BRS 84 Nr. 80 = BeckRS 2016, 42125; BauR 2010, 208 = BeckRS 2009, 39663; NWVBl. 1993, 422; sowie Beschl. v. 3.12.2018 – 10 A 2741/07 Rn. 11 (juris), BeckRS 2009, 34851).

- 3.4 Ein abzulehnender Antrag kann jedoch – auch aus diesem Grund – keine Priorität für sich in Anspruch nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Roß
Rechtsanwalt

Empfangsbestätigung

Inhalt: Antragsunterlagen zum Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG zur Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen im Windpark Esloher Höhe II in fünffacher Ausfertigung, drei Genehmigungsordner pro Exemplar

Datum: 17.05.2024

Empfänger: Hochsauerlandkreis – Kreishaus Brilon
Fachdienst 42 Immissionsschutz
Am Rothaarsteig 1
59929

| |
|-------------------------|
| HSK-Immissionsschutz |
| Eing.: 17. MAI 2024 |
| i.O. <i>[Signature]</i> |

12:55 Uhr